

# Merseburger Tageblatt

Wegzugspreis frei Haus durch die Kreisverwaltung. Nr. 430, monatl. M. 1.00 durch die Post bezogen monatl. mit 11 Pf. monatl. M. 1.11; bei Abnahme v. 3. Quart. M. 3.20 und v. 1. Halbj. M. 5.50. Einzelnummern 10 Pf. — Bei Abnahme 3 und mehr Abnehmer, — gilt unvollständige Einlieferungen nicht als eine Ausgabe. — Verteilungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Schloßstr. 4.

Anzeigenpreis für den Gasplatzern Mittelweg, Schloßstr. 16 Pf. Die Anzeigen für die deutsche Hauptstadt (Berliner) sind mit dem Wochensatz und keine Kopien in Rechnung genommen. Schwere für ein vierwöchiges Abonnement. — Rückzahlung, die Mittelweg-Gebühren 40 Pf. — Abnahmebetrag 11 Uhr vorm. für am 1. August 1919. — Vorbelegungen Tage.

## Kreisblatt

## Zeitung für Stadt u.

## Kreis Merseburg



Amtliches Anzeigenblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 168.

Freitag, den 1. August 1919.

159. Jahrgang.

### Tageschronik

Die Entente beantragt den Ertrag der Vermögensabgabe. England demobilisiert und — rüstet. Abberufung des Generals Gerard. Der Grenzschutz im Osten bleibt vorläufig. Räteungarn will nicht kapitulieren. Ein Funkpruch der Sowjetregierung über Rußlands wirtschaftliche Lage. Die wahren Ziele des „Befreiungsdiktators“ Kollschal. Eine englische Bestätigung für Erbsgräber Schindl. Auch der Vatikan gegen Erzberger. Der Berliner Siemensstreik beendet. Die neue Polizeireform.

### Die Entente fordert . . .

Der Ertrag der Vermögensabgabe für die Alliierten? Der „Times“ zufolge berät der Oberste Rat der Alliierten über die Maßnahmen, durch die die große Vermögensabgabe in Deutschland reiflos den Alliierten zugeführt und auf die Schadenersatzansprüche verrechnet werden kann. Wie weiter der „Berl. Vol.-Anz.“ erzählt, erwogen die Alliierten im Falle, daß die große Vermögensabgabe perfekt wird, ihre Erhebung im Rheinlande zwar auszuschieben, die eingehenden Beiträge aber direkt den Besatzungsmächten zuzuführen und sie auf die von Deutschland zu erhaltende Wiedergutmachungssumme zu verrechnen.

### Ein Berufsballon?

Von der von Reiner verdrängten Nachricht, daß die Alliierten die erste finanzielle Anforderung an Deutschland für den Jahresbeitrag 1919/20 auf 85 Milliarden festgelegt hätten, ist an Berliner amtlicher Stelle nichts bekannt. Man hält die Meldung für einen Berufsballon der Entente-regierungen.

### Die Alliierte der Milchstraße.

Auf eine Anfrage, ob die Alliierte von 140 000 Milchstrahlen den Milchmangel in Deutschland nicht in gleicher Weise vergrößere, antwortete Bonar Law, daß dieser Mangel auch in anderen Ländern, z. B. in Nordfrankreich und Belgien bestehe. Die Lieferung werde als Ersatz für die von den Deutschen in Belgien und Nordfrankreich requirierten Milchstrahlen gefordert. Doch trete die Forderung nicht automatisch in Kraft, sondern solle der Entscheidung der Wiederherstellungskommission unterworfen sein.

### Das linke Rheinufer vor der Friedenskommission.

Die Friedenskommission der französischen Kammer hörte Clemenceau und Tardieu über die Frage des linken Rheinuferes. Clemenceau erklärte, daß die Bedingungen des Friedensvertrages Frankreich eine Sicherheit verschaffen, die einer Bestätigung der Weimarer Friedenskommission. Es ist nicht möglich, daß die auf 100 000 Mann herabgesetzte deutsche Armee mehrere Millionen Mann ausheben könne, ohne die Ruhrströmung Frankreichs und der ganzen übrigen Welt auf sich zu lenken.

### Abberufung des Generals Gerard.

Nach zuverlässigen Mitteilungen wird General Gerard, der Führer der 8. französischen Armee in der Pfalz, nunmehr abberufen werden. Die deutsche Regierung hatte durch die Waffenstillstandskommission in Spa die Abberufung des Generals wegen der Losreisungsbestrebungen in der Pfalz verlangt.

### Neuerungen des Friedensvertrages?

Bern, 30. Juli. Angesichts des Widerstandes der republikanischen Generäle in Wien nach Informationen aus Washington bereitet sich mit der Opposition zu einigen, wenn diese denn für die Ratifizierung des Friedensvertrages und des Waffensicherungsvertrages stimmt, Präsident Wilson soll bereit sein, die von republikanischen Führern verlangten Änderungen am Friedensvertrage und Waffensicherungsvertrage vorzunehmen, um dadurch eine weitere Verheerung der Ratifikation zu verhindern.

### Amerika ratifiziert erst im Oktober.

Die „Times“ melden aus Washington, daß der Senat den Friedensvertrag wahrscheinlich erst im Oktober oder später ratifizieren werde.

### Die amerikanischen Sozialisten für Wilson!

Amsterdam, 30. Juli. Aus New York wird gemeldet, daß die amerikanischen Sozialisten beschlossen haben, den Präsidenten Wilson zu unterstützen und mit allen Mitteln für die Ratifizierung des Friedensvertrages einzutreten.

### Amerika gegen die Wirtschaftskontrolle.

Lugano, 30. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß sich die amerikanische Abordnung der Friedenskonferenz der von Italien veranlaßten Wiedereinrichtung der interalliierten Wirtschaftskontrollen auf das entschiedenste widersetzt, weil die Vereinigten Staaten gegen die zu strengere Kontrolle der Rohstoffverteilung sind. Die amerikanische Kommission für die Handelsmarine hat die Verwendung der amerikanischen Linienschiffe freigegeben. Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die über die Rohstoffe und Transportmittel verfügen, möchten den Verkehr völlig freigeben und wollen Frankreich und Italien, die für weitere Nationen eintreten, nur insofern Konzessionen machen, als sie ihnen besondere Vergünstigungen einzuräumen bereit sind.

### Schnelle Ratifizierung in Italien.

Lugano, 30. Juli. Aus Rom wird gemeldet, daß alle politischen Parteien aus nichtiger Absicht die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland durch das italienische Parlament drängen. Nachgehend für diesen Wunsch nach Befestigung ist der Umstand, daß die Ratifizierung durch den amerikanischen Kongress immer weiter hinausgeschoben wird. Da der Friedensvertrag in Kraft tritt, sobald ihn drei Großmächte ratifiziert haben, möchte Italien Amerika zuvorkommen, damit das Prestige Italiens erhöht und gleichzeitig Frankreich einen Dienst erweisen.

### Wiederabkündigung der englischen Wehrpflicht.

Im Unterhaus teilte Churchill mit, England beabsichtige nicht, nach dem Siege eine wesentlich größere Armee zu halten, als es zur Zeit des Kriegsausbruchs besaßen habe, 3 Millionen englische Truppen seien schon demobilisiert, durchschnittlich würden täglich 5-6000 Mann demobilisiert. Die englische Armee werde bald ausschließlich wieder nur aus Freiwilligen bestehen. Es werden sich wahrscheinlich 4 bis 5000 Freiwillige, wodurch die Abschaffung der Wehrpflicht beschleunigt werde.

### Die englischen Flottenrüstungen.

Amsterdam, 30. Juli. Der „Daily Mail“ zufolge, fordert der neue englische Minister eine Verstärkung der englischen Flotte um vier Linienfahrer und drei Panzerkreuzer, die in das Flottenarsenal eingereiht werden sollen.

### Das Ergebnis der Friedensanklage.

London, 30. Juli. (Reuter). Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß das endgültige Ergebnis der Zeichnung auf die Siegesanklage 767 534 Pfund ausfällt.

### Die Ansetzung des französischen Hauptquartiers.

Bern, 30. Juli. Wie „Kouvenlinde de Voon“ mitteilt, wird das französische Große Hauptquartier nicht am 4. August, sondern am 10. August, an dem die Einrückung der Feindkämpfer nach Deutschland beginnt, aufgestellt werden. General Beulin wird beauftragt, an diesem Tage zum Generalstabchef ernannt und der Oberste Kriegsrat, wie er vor dem Kriege bestand, wieder eingesetzt werden. Zu gleicher Zeit wird auch die Armee des General Gerard mit dem Hauptquartier Epener und die elbische Armee Gouraud aufgestellt werden.

### Abtretung Epernas an Griechenland?

Nach einer Athener Meldung soll General Maras den diplomatischen Vertreter Griechenlands davon in Kenntnis gesetzt haben, daß Griechenland die Insel Egnos an Griechenland abtreten werde. (Das klingt sehr unwahrscheinlich! D. Red.)

### Keine Jurisdiktion des Grenzschutzes.

Wie W. I. A. meldet, ist keineswegs beabsichtigt, Grenzschutztruppen aus den jetzigen Stellungen an der Demarkationslinie in den Kreisen Sonth, Westphal und Winbaum vor der endgültigen Grenzregulierung zurückzuziehen. Im Gegenteil ist mit einem weiteren Einmarsch von Reichswehrtruppen zur Verhinderung des Grenzschutzes zu rechnen.

### Steigende Lebensmittelpreise?

Von besonderer Seite schreibt man uns:

Allgemein begegnet man der Auffassung, daß die Lebensmittelpreise nunmehr unumkehrbar sinken werden. Man weist in diesem Zusammenhang daraufhin, daß die Lebensmitteltransporte aus Nordamerika so gewaltig sind, die dortigen Waren bereits den Markt überfluten, daß die Preise trotz Schiebergewinn und teuerster Schlichtwege sinken müssen, wie es tatsächlich in den letzten Wochen ja auch der Fall war, als die Waren aus den besetzten Gebieten trotz Devisenordnung der Reichsbank und Einfuhrkontrollen des Reichswirtschaftsamtes ihren Weg in das Innere Deutschlands fanden, obgleich fast noch ein Pfennig Zoll dem Reiche zuzuführen konnte, obwohl fast viele eingeführte Waren unter die Bestimmungen fielen, wodurch nur geringe Zölle in Goldmark eine Einfuhrkontrollen zu erzielen war. Die Schieber, und die mit ihnen im Bunde arbeitenden politischen und militärischen Beihilhaber der Entente haben sich in diese Verhältnisse der Weimarer Nationalversammlung nicht im geringsten gekümmert; im Gegenteil, die Schieber haben den Franzosen und Engländern je gewaltige Geldsummen in deutscher Währung zuzuführen lassen, daß England und Frankreich in der Lage waren, den neutralen Staaten deutsche Devisen so billig anzubieten, daß die neutralen Importeure es vorzogen, anstelle wie von der Devisenzentrale der Reichsbank, Auslandsanleihe, wie von der Devisenzentrale der Reichsbank, Auslandsanleihe zu zahlen, endlich die deutschen Exporteure in Schwaben wieder deutschen Banken zuzuführen, während es am ausländischen Guthaben in fremder Währung immer mehr und mehr fehlte.

Die Rückwirkung dieser von der Allgemeinheit weder beachteten, noch verstandenen Transaktionen auf dem Devisenmarkt war geradezu verhängnisvoll und bereitet eine empfindliche Vertiefung der Lebenshaltung des deutschen Volkes wieder vor. Aus der Schweiz wird telegraphiert, daß die deutsche Markt bereits wieder auf 29 Prozent zurückgegangen ist; das ist der niedrigste Kurs, den die Schweiz seit der Revolution notierte. In Holland notierten Gulden 600,50, in Dänemark Kronen 356,50, in Norwegen 372,50, und in Schweden gar 389,50; es ist die gleiche starke Aufwärtsbewegung in holländischer und dänischer Devisen eingetreten wie in der Schweiz, unsere Mark ist mit anderen Worten nur noch ein Drittel wert geblieben. Ungeheuer ist aber erst die Spannung zwischen Mark und Dollar; aus New York wird gemeldet, daß man deutsche Devisen am 25. Juli für 6,20 Cent kaufte, das bedeutet, daß der Dollar über 16,25 Mark kostet gegen 4,20 Mark Friedensparität. Diese enorme Wertminderung unserer Mark muß doch mal ganz tiefgründig auf alle Lebensmittelanleihe zurückzuführen, mag nun das Angebot noch so groß sein.

Nun ist aber tatsächlich das Angebot nicht halb so groß, als man sich das in Deutschland vorgestellt hat. In den besetzten Gebieten Mitteldeutschlands haben die Radikale ein Lebensmittelgeschäft denart nachgefolgt, daß die Franzosen bereits Hooverware das sind Lebensmittel der amerikanischen Lebensmittel-Vertriebskommission für die besetzten und geschützten Gebiete zu hohen Preisen zurückzuführen und denartigen Waren, die letztere der deutschen Kommunistenverbände oder Schieberorganisationen noch nicht über die neuen deutschen Zollgrenzen gebracht waren, einfach zurückzuführen. Aus Mainz und Wiesbaden kommen Meldungen, wonach die Franzosen von den deutschen Schiebern zu hohen Preisen die zwar schon umgekehrten, aber noch nicht abgerollten Hooverware mit Aufgeld wieder zurückzuführen haben. Die Gründe hierfür liegen nicht etwa in Spekulationsabsichtungen begründet, sondern in Umständen, die als höhere Gewalt anzusehen sind. Da macht sich nämlich der große Mangel an Schiebern und Schieberwaren geltend, die sich verhältnismäßig sehr schnell in den besetzten Gebieten zu hohen Preisen zurückzuführen und denartigen Waren, die letztere der deutschen Kommunistenverbände oder Schieberorganisationen noch nicht über die neuen deutschen Zollgrenzen gebracht waren, einfach zurückzuführen. Aus Mainz und Wiesbaden kommen Meldungen, wonach die Franzosen von den deutschen Schiebern zu hohen Preisen die zwar schon umgekehrten, aber noch nicht abgerollten Hooverware mit Aufgeld wieder zurückzuführen haben. Die Gründe hierfür liegen nicht etwa in Spekulationsabsichtungen begründet, sondern in Umständen, die als höhere Gewalt anzusehen sind. Da macht sich nämlich der große Mangel an Schiebern und Schieberwaren geltend, die sich verhältnismäßig sehr schnell in den besetzten Gebieten zu hohen Preisen zurückzuführen und denartigen Waren, die letztere der deutschen Kommunistenverbände oder Schieberorganisationen noch nicht über die neuen deutschen Zollgrenzen gebracht waren, einfach zurückzuführen.

Man sieht, diese Preissteigerungen in den Exportländern relativ von selbst und unbedeutend sein, sie werden allerdings weiter, je erheblich verdrängter der Markt der Lebensmittel wird, doch schon Beweise eines Wertes annehmender der deutschen Währung unter der Mark für uns Großdenk bedeuten. Und bei den unbeschriebenen Mengen, um die es sich bei der Einfuhr handelt, nach jeder Richtung, den wir infolge des Preisfalls unserer Währung beobachten müssen, hunderte von Millionen Mark. Davon streift man in Berlin und in fast allen Teilen des Reiches, als

ob wir reiche Leute wären und auf das Ausland gar keine Rücksicht zu nehmen hätten. Die Engländer mit den Franzosen wollen uns daher jetzt zwingen, bestimmte Rohstoffmengen zu liefern, deren Höhe sie bestimmen; von der Erfüllung dieser Bestimmungen wollen sie unsere Lebensmittel und Rohstoffzufuhr abhängig machen. Wir leben daraus, daß diese beiden grimmigen Feinde unseres Wirtschaftens in unserem Gebiete gegenüber das größte Mißtrauen zeigen und alles darauf anlegen, uns zur Arbeit zu zwingen, um sich in den Weltmarkt zu werfen. Wir leben, während sie andererseits darauf ausgingen, uns mit Rohstoffen zu versorgen. So wollen sie nicht mehr Baumwolle, sondern Wolle, nicht mehr Getreide, Eisen und Metall, sondern Fischweizen, nicht Baumwolle, Wolle, Fein- und Grob- und Flach, sondern Textilwaren liefern, wobei sie angeblich der großen Vorteile am Marktgewinn in der Lage sind die Preise nach Belieben festzusetzen. Doch unter solchen Verhältnissen die Wirtschaft unserer Volkswirtschaft auf die Lebensmittelpreise nicht ausbleiben kann, liegt auf der Hand; es ist die größte Gefahr, die das deutsche Volk zum Herbst und Winter bedroht, und mit Spannung sah man dem am 11. d. M. im Reichstagsbericht der Reichsversammlung der deutschen Landwirtschaft entgegen, der jeder mit Rücksicht auf die ungenügende, wirtschaftliche Lage nicht zum besten war. Es wird hoher Aufregung der Reichsversammlung und der Kommunalverbände sein, rechtzeitig alles zum Tun, um gegen eine drohende Verknappung der Lebensmittel und ihre Verteuerung gewappnet zu sein.

### Die Volksabstimmung im Osten.

Politische Kreise berichten aus Paris, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien und in den Kreisen Westpreußens und des Ermlandes, die in dem abgemittelt werden muß, in dem ersten Wahlsche des Dittlers stattfinden soll, wenn bis dahin die Abstimmung des Friedens erfolgt sein wird.

Der englische Kreuzer „Gowennan“ und der französische Zerstörer „Comme“ trafen am Mittwoch in Danzig ein und brachten eine Entente-Kommission, die die Verträge und die im Osten liegenden Kriegsschiffe beaufsichtigen soll. In Warschau ersuchte eine Versammlung von Vertretern polnischer Sozialisten die polnische Regierung, bei der Entente zu erwirken, daß die Zerstörer der polnischen Danzig auf Grund des Versailler Vertrages Polen zugesprochen würde.

### Uebergang der Souveränität auf Polen.

Paris, 30. Juli. (Savas). Freiberger von Berner hat der Friedenskonferenz schriftlich mitgeteilt, daß Deutschland den von den Alliierten vorgeschlagenen Uebergang der Souveränität Deutschlands auf Polen für die abzutrennenden Gebiete angenommen habe.

### Staatsstreik in Polen?

Saag, 30. Juli. (Eis. Drahtber.) Das ukrainische Preskuro meldet, daß ein Staatsstreik in Polen bereits im Gange sei. Zum Ministerpräsidenten sei Danowski ernannt, zum Vizepräsidenten General Haller ernannt worden. Die politischen Kreise haben bisher keine Demütigung über diese Angelegenheit geäußert.

### Keine Kapitulation Rätengarns.

Budapest, 30. Juli. Mithrasch der Wiener Meldung über die bevorstehende Kapitulation der Räteregierung rief Bela Hun einen Angriff an die Propaganda der ganzen Welt, in dem erklärt wird, die Sowjet-Regierung werde ausstehen. Gleichzeitig werden alle sozialistischen Organisationen aufgefordert, durch Demonstrationen die Räteregierung in Ungarn zu unterstützen, damit sie erkennen, daß nicht die Auslöschung des Kapitalismus, sondern lediglich die Blockade der Produktion behindere.

Gleichzeitig bezieht sich die antirussische „Nepawa“ mit den Friedensbestimmungen der Entente und erklärt, das ungarische Propaganda wisse genau, daß es auf die Macht verzichten will, nur im Falle eines Friedens nach dem Willen der Bedingungen von Versailles oder St. Germain einzustimmen. Die Räteregierung werde sich nicht bedauern lassen, wenn die Alliierten den Rücktritt der Sowjet-Regierung für unwürdevoll halten, sondern sie werde sich lediglich von den Beschlüssen des Zentral-Exekutivkomitees leiten lassen. Sollte dieser den Rücktritt Bela Huns für notwendig halten, so werde dieser seine Tätigkeit für den bolschewistischen Gedanken als Mitglied der kommunalistischen Partei Ungarns ausüben.

### Die Antwort der Räteregierung.

Wien, 30. Juli. Wie das „N. Wiener Tagbl.“ erfährt, wurden gestern die telegraphisch eingegangenen Bedingungen der Entente den hiesigen ungarischen Behörden übergeben. Die Räteregierung steht vorläufig noch auf dem Standpunkt, daß von dem System der Diktatur des Propagandisten nicht abgewichen werden kann.

### Ungarischer Seeresbericht.

Budapest, 30. Juli. Das Amt des Oberkommandos meldet vom 29. Juli abends: Die Rumänen konnten längs der ganzen Theiß nirgends den Übergang erzwingen. Nur im Norden der Theiß gelang kleineren Patrouillen der Uebergang, sie wurden aber von unseren Patrouillen teils gefangen, teils an das jenseitige Ufer zurückgedrängt. Sonst ist die Kriegslage unverändert.

### Der rumänische Bericht.

Wien, 30. Juli. Der rumänische Seeresbericht besagt, daß beim Uebergang über die Theiß bei Tokaj drei Geschiffe, zwei Wachschiffe und zwei Panzerjäger erobert wurden. Weiter von ungarischer Seite gemeldeten Rückschlag enthält der Bericht keine Angaben.

### Ein Junkspruch der russischen Sowjetregierung.

In einem Junkspruch der russischen Sowjetregierung an alle sozialistischen Parteien, Zeitungen und Gewerkschaften vom 18. Juli, der die wirtschaftliche Lage Rußlands beschreibt, heißt es u. a.:

Die Blockade der Seehäfen trennt das Land von der ganzen Welt und verdammt es zu einem Mangel an Maschinen aller Art und Industrieprodukten, die für ein normales wirtschaftliches Leben erforderlich sind.

Die Einnahme des englischen Imperialismus in Turkestan ruiniert eine Baumwollpflanzung, die zu den reichsten der Welt gehört. In Kaschgar betragen die Petroleumvorräte 3 Millionen Tonnen. Durch den Ausfuhrverbot der Engländer verkommt es in Rußland. Der auf dem Markt gefundene Rohöl kommt bei ihrem Rückgang 219 Schiffe vermisst, die auf der Roma in

ihre Hand fielen. Trotz allem ist jede Hoffnung, mit uns durch die Schöpfung fertig zu werden, ausbleibt. Der Wirtschaftskrieg gegen Rußland hat nicht nur Rußland, sondern allen Ländern Europas gewaltigen, unverbesserlichen Schaden zugefügt. Rußland, das vor dem Krieg dem Auslandsmarkt bestimmte Rohstoffe lieferte, hat während des letzten Jahres bestimmte Rohstoffe dieser Stoffe angeammelt. So liegen zur Verfügung der Sowjetmacht über 200 000 Tonnen Flach und etwa 100 000 Tonnen Saft aller Ernte. Es sind große Mengen Holzwaren, Holzsaft und Metalle vorhanden, ohne des Holzes Erwähnung zu tun, das Europa zur Wiederherstellung der durch den Krieg vernichteten Bauten so notwendig braucht. Die Sowjetmacht glaubt fest daran, daß die Arbeiter der Ententeländer die nötigen Mittel finden werden, um ihre Regierungen zu zwingen, die Blockade Rußlands aufzuheben und hinsichtlich die anarchistische Zerstörung der Reichstümer einzustellen.

### Asquith über Rußland.

Nach englischen Blättern hat sich Asquith in einer Rede in Willesden laut gegen die Verhinderung britischen Wertes und britischen Geldes in Rußland gewandt. Asquith fragte, woher England eigentlich das Mandat für eine bevorstehende Mission genommen habe? Ueber die zukünftige Regierung Rußlands hätten die Russen allein zu entscheiden.

### Englische Kontrolle der Waffenexporte nach Rußland.

Die „Agence Havas“ meldet, daß der Oberste Rat der Alliierten den Beschluß faßte, über die Ausfuhr von Waffen und Munition nach Rußland eine sehr strenge Kontrolle auszuüben, um zu verhindern, daß die Bolschewisten sich mit Waffen versehen.

### Englischer Protektorat über Estland.

Das „Reuter Watt“ meldet, die britische Regierung von Orest Hilde lediglich ein Gleich in den englischen Kreisen auf Estland. In London sei beschlossen, ein britisches konsularisches Protektorat über Estland zu bestellen und damit Estland das Schicksal Schwedens zu bereiten. Auch von anderer Seite wird diese Meinung bestätigt. Eine amtliche Aushangung der englischen Regierung sei schon binnen kurzem zu erwarten, wonach zwecks Befestigung des Bolschewismus eine gemischte britische Kommission „vorübergehend“ nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Verwaltung des estnischen Staates übernehmen müßte.

### Beendigung des Berliner Elektrizitätsstreiks.

Die streikenden Arbeiter der Siemens & Halske-Gesellschaft haben am Mittwoch in geheimer Abstimmung beschlossen, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Damit ist auch der gestrige Schiedsspruch von den Arbeitern angenommen worden.

### Sympathiestreik für die „Hungerkünstler“.

Leipzig, 30. Juli. Die Belegschaft der „Zeche Diergardt“ trat morgens in den Ausstand. Der Grund hierfür ist ein Ultimatum der kommunalistischen Partei und der Unabhängigen an General Wader und Reichsminister Severin, worin sie die sofortige Freilassung der beim Hungerstreik eingetretenen politischen Gefangenen in Wert fordern.

### Ein dunkler Tag in Straßburgs Geschichte.

Nach Angaben von Flüchtlingen trugen die Streikruhen in Straßburg sehr ersten Charakter. In der Tat sind zwei französische Offiziere umgebracht worden. Ihnen wurde die Hirschkale eingeschlagen. Einer der Verwundeten war ein Räder von Arbeiter in die Türe geworfen. Am Abend der Verhaftung und am Bahnhof riefen die Streikenden: „Es lebe Frankreich und morgen die Freiheit am Rhein.“ Ein von der Zeitung her gedrückter Artikel der sozialdemokratischen „Neuen Presse“ in Straßburg trägt die Ueberschrift: „Ein dunkler Tag in Straßburgs Geschichte.“ Es heißt darin u. a.: Die Armeesitzung gegen das Volk der Soldat befehligt die Straße. Es muß gesagt werden, daß die Heldend der Arme und von Verun hier zu unwürdigen Heldentaten herabgefallen. Wir haben vor einigen Monaten die französischen Soldaten als unsere Befreier begrüßt, jetzt finden wir sie auf der Seite des Propagandisten und der Verdrängung eines wirtschaftlichen Streiks. Wir haben eine Entscheidung mehr erlebt, die nicht unsere letzte ist. Die größte Enttäuschung bemächtigte sich der Bevölkerung, als sich schwarze Truppen die Menge zu Paaren trieben.

### Neue Streikbewegung in Italien.

Die Streikbewegung kommt in Italien erneut auf. In Mailand haben sämtliche Metallarbeiter den Generalstreik verkündet, der sich über ganz Oberitalien ausbreiten droht. In Bergamo streiken 80 000 Textilarbeiter unter Führung der katholischen Christenliga. Sie verlangen 40 Prozent Lohnerhöhung.

### Militärische Maßnahmen gegen die Unruhen in England.

Aus London wird gemeldet: Im Zusammenhang mit den Arbeiterunruhen in Liverpool und anderen Hafenstädten hat die britische Regierung sämtliche Verleubarungen der Flottenangehörigen vorübergehend eingestellt.

### Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die dritte Beratung des Verfassungsentwurfes

fortgesetzt. Abg. Dingeldey (Dn): Als Anhänger der Monarchie lehnen wir nach wie vor die Verfassung ab. Die republikanische Staatsform wird uns aber an der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten nicht hindern. Die deutschnationale Volkspartei will nicht die Fiktion sein mit der früheren Fiktion der Konföderation, die die Verfassung des Reiches und den Willen der Nation konföderal sind wir in gebunden allgemein menschlichen Sinne.

### Konföderalismus und wahrer Fortschritt gehen zusammen.

In diesem Sinne wollen wir am Wiederantritt mitarbeiten. (Leb. Weis. rechts.) Abg. Dr. Heine (D. Wpt): Wir können uns nicht auf den Boden der neuen Verfassung stellen. In ihr herrscht der Geist einer extremsten Demokratie vor, ihr ungenügendes Ziel ist aber ein

extremes Parlamentarismus. Die Gegenwärtige: Reichspräsident, Reichsrat, Reichsbund genügen keinesfalls. In diesem Moment und in dem Augenblick, wo bei einer demokratischen Revolution die Freiheit abwärts liegen. (Leb. Weis. rechts.) Abg. Dr. Cohn (L. S.): Der Parlamentarismus hatte den Mut nicht, sich auszuweichen. Die Verfassung bringt in den Verhältnissen nur eine schwebende Konzeption

in die neuen treibenden Kräfte des Wirtschaftens. Es wurde die Verfassung zu einer Verfassung der Demokratie und des Sozialismus. Daran erkennt sich unser abweichendes Ziel.

Reichsminister Dr. Brügel: Wenn die Verfassung jetzt verabschiedet wird, bewahren wir unter Volk sowohl vor der Diktatur von rechts, als auch vor der von links. (Wiederprucht rechts und bei den U. S.) Die Frage, wie die Verfassung wirken wird, hängt lediglich von den leitenden Persönlichkeiten ab. Im politischen Kampf wird die Verfassung für die laienmännliche Arbeit geeigneter früher nachsehen. Man befürchtet aber diese Verfassung nicht, wenn man, wie es hier jetzt der Rechten geschieht, immer das Alte in den Vordergrund schiebt, das an seiner Unhaltbarkeit autommgebrochen ist.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung

wird bei Artikel 3 ein Antrag Dr. Heine (D. Wpt) für die Reichsforsten Schwarz-Weiß-Rot gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums und der Demokraten abgelehnt. (Sitzung rechts.) Der Artikel wird in folgender Fassung angenommen: Die Reichsforsten sind Schwarz-Weiß-Rot. Die Bundesflagge ist Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsforsten in der oberen inneren Ecke.

Zu Artikel 17 wird ein Antrag Arnthalb (Dn) angenommen, daß das Wahlrecht für Gemeindevorstände durch Landesgesetz von einem einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann. Die Abstimmung über Artikel 18 wird vertagt. Zu Artikel 22 wird gemäß Antrag Erlens (Dem.)

die vierjährige Wahlperiode des Reichstages in Ausübung mit 166 gegen 139 Stimmen angenommen. Die übrigen Artikel 23 bis 26 werden zum Teil mit unvollständigen Änderungen, nach den Beschlüssen zweier Beratung angenommen, in der

Reichstagsitzung

erhält der Artikel 42 „Der Amtseid“ folgende Fassung: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Befehle des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Die Artikel 46 und 48 werden zum anfangs mit der Änderung, daß der Reichspräsident vor befristeten Vorposten gegen ein Land den Reichstag verhandeln muß. In Abschnitt 6 Reichsverwaltung wird Artikel 79 im Hinblick auf die Bestimmung des Friedensvertrages nach einem Antrage Dr. Spahn (Ztr.) in folgender Fassung angenommen:

Die Verhandlung des Reiches ist Reichsache. Die Verhandlung des Reiches wird unter Berücksichtigung der Interessen der landmannschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgericht einheitlich geregelt.

Artikel 91 wird auf Antrag Albiah (Dem.) dahin geändert, daß die Reichsregierung die Befugnis, die Verordnungen, die den Reichspräsidenten und den Reichsrat betreffen, zu erlassen, mit Zustimmung des Reichsrates auf den zuständigen Reichsminister übertragen kann.

Im Abschnitt „Reichspräsident“ bestimmt Artikel 103 u. a.:

„Die militärischen Ehrenzeichen sind aufgehoben.“

Ein Antrag Arnthalb (Dn), die Ehrenzeichen zu streichen, wird nach Debatte abgelehnt. Artikel 104 wird nach Antrag Spahn (Ztr.) in folgender Fassung angenommen:

„Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegszwecke und an Bord der Kriegsschiffe.“

Es folgt der zweite Hauptteil:

„Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.“

Abg. Koch (Dem.): Wir verzichten auf den Versuch, die Grundrechte wesentlich abzumindern. Zum Artikel 115, der die persönliche Freiheit behandelt, beantragen die Abg. Heine (Satz) und Dr. Albiah (Dem.) eine Entschärfung, worin die Reichsregierung ersucht wird, alsbald einen Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel einer Beseitigung der Todesstrafe dem Reichstage vorzulegen.

Die Reichsversammlung (Satz), Dr. Albiah (Dem.) und Dr. Rahl (D. Wpt) beantragen eine Entschärfung, die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem in allen Fällen, in denen das Gesetz ausdrücklich Todesstrafe vorschreibt, mildernde Umstände zugelassen werden und wahlweise neben der Todesstrafe die Verbannung einer Freiheitsstrafe zulässig ist. Beide Entschärfungen werden angenommen. In übrigen wird der erste Abschnitt der Grundrechte unverändert angenommen.

Im zweiten Abschnitt erhält Artikel 118 auf Antrag Dr. Spahn (Ztr.) die Fassung:

„Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und für die Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. Sie beruht auf Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“

Bei der Debatte über Artikel 119, Erziehungsrecht der Eltern, entsteht großer Sturm, als mit Beziehung auf die harte Bestimmung der Frauen an der Aussprache auf der Rechten die Bemerkung fällt:

„Wehe, wenn sie losgelassen!“

Unter Ablehnung des Antrages der Mehrheitssozialisten, daß das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen und ihm rechtlich gleichgestellt soll, und des Antrages der Unabhängigen, daß das uneheliche Kind dem ehelichen gleichgestellt soll, gelangt Artikel 119 im Reichstagsrat der zweiten Lesung zur Annahme. Im übrigen wird der Abschnitt unverändert angenommen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Das Schulkompromiß.

Nach einem gemeinsamen Antrage der Mehrheitssozialisten, des Zentrums und der Demokraten wird Absatz 2 des Artikels 143 folgendermaßen lautend:

„In der Regel sind Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Gemeindefiskus oder ihrer Selbstverwaltung einzurichten, soweit hierüber ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Absatzes 1, nicht beabsichtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Wahere bestimmt die Landesgesetzgebung nach der Grundlage eines zu erstellenden Schulgesetzes.“

In die Uebersetzungsbestimmungen soll weiter folgende Bestimmung aufgenommen werden:

„Bis zum Erlaß des im Artikel 143, Absatz 2, vorgesehenen Schulgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Schulgesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine nach Bestimmungen nicht geordnete Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“

Die neue Polizeireform.

Die Reorganisation der staatlichen Polizei soll nach folgenden Grundlinien durchgeführt werden:



Ihre in Naumburg vollzogene Vermählung  
beehren sich ergebenst anzuzeigen  
Merseburg, den 29. Juli 1919  
E. Sehmisch u. Frau Charlotte  
geb. Bartoly  
z. Zt. in Döla

**Einkochgläser**  
in allen Größen, sehr preiswert.  
Für Gastwirte **Bierbecher** in verschiedenen Größen,  
**Blonden- und Wassergläser** in weißem Glas, sowie  
**Glas-, Porzellan- und Steingutgebrauchs-**  
**Geschirr aller Art** empfiehlt  
**O. Renner, Markt 18,**  
Telefon 509.

**Achtung! Landwirte und Pferdebesitzer!**  
**Pferde, Esel und Fohlen**  
zum Schlachten kauft jederzeit und jeden Posten zu den höchsten Preisen.  
**:: Notschlachtungen ::**  
Beibrüche u. s. w. hole allerorts schnellstens ab.  
**Franz Vogel, Großschlächtere**  
Fernspr. 58. Radewell-Ammendorf Fernspr. 58.

Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen und  
einzelne Möbel jeder  
Art  
empfiehlt in großer Aus-  
wahl  
**G. Schaible**  
Möbelfabrik  
Halle-S., Gr. Märkerstr. 26  
am Ratskeller.

In den  
**KAMMER-LICHTSPIELEN**  
grosse Künstlertage!!  
Ab Freitag bis Montag:

**Irrungen!**  
Grosses Schauspiel in 5 Akten mit der  
grössten und bedeutendsten Künstlerin, der  
Königin ohne Krone **Henry Porto**.




**„Die platonische Ehe!“**  
Prächtiger Filmschwank in 4 Akten  
mit „Mia May“  
Hierzu ein  
prächtiges Bei-Programm!!  
Anfang 7 1/2 Uhr!

Alle Größen  
**Rud. Sack'sche**  
**Pflüge,**  
sowie  
**Zwei- u. Dreischar-Pflüge**  
hat am Lager und offeriert solche preiswert  
**R. Sturm, Querfurt.**





Einem Transport

**Die öffentliche Lesehalle**  
im „Herzog Christian“  
ist geöffnet jeden Tag von früh 10 Uhr bis abends  
9 Uhr. Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.  
**Monatslesekarte** Preis -50 Mark,  
**Jahreslesekarte** „ 3,-  
**Familien-Monatslesekarte** „ 1,-  
**Familien-Jahreslesekarte** „ 5,-  
**Tageslesekarte** „ -10  
Die Karten sind im Herzog Christian zu haben. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.  
**Der Verein zur Förderung der Jugendpflege.**  
(G. V.)

**CINOPHON-THEATERN**  
Fernruf 215 Grosse Ritterstr. 1 Fernruf 215

**Fred Holl, der Sekretär des Gummikönigs**  
Detektivdrama in 4 Akten.  
**„Meine Frau, die Film-Schauspielerin!“**  
Lustspiel in 3 Akten mit der reizenden  
::: **Ossi Oswald!** :::  
**„NORA HILGER!“**  
**Die Geschichte einer Ehe.**  
Drama in 4 Akten.  
In der Hauptrolle: „**Sybil Smolowa!**“  
Sonntag ab 3 Uhr: Jugendvorstellung. Ab 5 Uhr  
und 7 1/2 Uhr: Vorstellungen für Erwachsene.

**Ferkel**  
verkauft  
**Ernst Baumann, Gotthardstrasse 30**  
1 Paar gute langschwellige mittel-  
starke  
**Arbeitspferde**  
Apfelschimmel, 4 und 6 Jahre alt,  
168 hoch, fromm u. ausdauernd, desgl. eine  
achtjähr. langschwellige okrepstische  
Stute  
Halbe, 164 hoch und ein Paar schnelle  
fünfjährige Stute ausgete

**Preiswertes Angebot!**  
**Grosser Posten**  
weiße gestickte **Batiste** und **Mulle**  
Meter 14. — **12.50**  
soeben eingegangen.  
**Otto Dobkowitz.**  
Schaufenster bitte beachten!

Gebrauchter, noch gut er-  
haltener  
**Spiegel**  
80x160 cm groß, sofort zu  
kaufen gesucht. Offerten mit  
Preis unter D. 293 an die  
Expedition dieses Blattes.

**Stadttheaterhalle**  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
Bartha  
Sonnenabend 5 Uhr:  
Wilhelm Tell  
Montag 7 1/2 Uhr:  
Der Freischütz.

**Apfelschimmel**  
146 hoch, stehen preiswert zu verkaufen bei  
**Wilhelm Naundorf**  
Oberbreitestr. 4 Telefon 496.

**Achtung!**  
Die Wähler, welche am  
Sonabend, den 26. Juli d. J. bei  
der Verpachtung des  
Schwiderschen Ackers ihre  
Namensunterjährig gegeben  
haben, werden ersucht, Sonn-  
abend, den 2. August d. J.,  
nachm. 5 Uhr in das Gasthaus  
z. halben Mond Gotthardstrasse  
hier, zu kommen, um den Zu-  
lassung zu erhalten, und die  
Wähler unter sich einen De-  
mann wählen.  
**Albert Franke, Einaktionär.**

**Billa**  
od. modern. Ein-  
familien-Wohn-  
haus möglichst m. Garten  
zu kaufen gesucht. Offert. an  
**Otto Apel, Quartier,**  
Braunstr. 5.

**Die grosse Mode!**  
**Kunstseidene gestrickte Jacken**  
für Damen, junge Mädchen und Kinder  
**Kunstseidene gestrickte Blusen,**  
**Kunstseid. gestrickte Kindermäntel**  
empfiehlt in sehr grosser Auswahl und  
vielen modernen Farben preiswert  
**H. Schnee Nachf.,**  
A. & F. Ebermann  
HALLE a. S. Gr. Steinstr. 84.

**2 Arbeiter**  
für sofort gesucht  
**Paul Lühendorf**  
Gotthardstr.

**Brautpaar**  
sucht 2-4 Zimmerwohnung  
möglichst bad. Angebote unter  
L. F. 259 an die Expedition  
dieses Blattes.

**Keine Wanze mehr** für Mk. 2.50  
nur mit Kammerjäger Berg's Noodan I und II zu erzielen.  
**Restlose Wanzen- und Brutvernichtung**  
Erlang verblüffend, Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt.  
Doppelpack, M. 2.50. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.  
Verkauft: Zentraldrog. R. Kupper, Markt 17.  
Bei Eins. v. M. 2.70, oder Postcheckkonto Berlin 31 286 portofr.  
Zus. durch **Herm. A. Grossel**, Berlin, Königgräzer Straße 49.

Was erhaltene  
**Wäscherolle**  
wegen Plagiaten an ver-  
kauft in L. n. d. 101.

**Kindertödes Ehepaar** sucht  
sofort 2 Zimmer und Küche  
event. nur Stube und Küche.  
Offerten unt. F. 291 an die  
Expedition dieses Blattes erb.  
Wienertürme 51  
Suche zum 1. Okt. 1 oder 2  
**gut möblierte Zimmer**  
evtl. mit Pension, bei freundl.  
gebild. Familie in Merseburg  
od. Zeina. Angebote an Dr.  
Ing. Volker, Dresden 27.

**Tüchtigen**  
**Arbeitsburschen**  
für sofort gesucht  
**Merseburger Tageblatt (Preisblatt.)**

**Kauilleute, Geschäftsleute!**  
Bringt Euch durch eine wirksame Insertion im  
**„Merseburger Tageblatt“**  
dem kaufkräftigen Publikum in Erinnerung.  
**Ein unterhaltenes Sofa**  
zu kaufen gesucht. Offert. mit  
Preisangabe unt. O. N. 255  
an die Exped. d. Blattes.

**Neues Schützenhaus**  
**Schützenfest-Woche:**  
Montag, den 4. August, 3 Uhr nachmittags  
**:: großer Ball ::**  
Mittwoch, den 6. August, 3 Uhr nachmittags  
**:: großer Ball ::**  
**Täglich Varietee-Vorstellungen**  
im kleinen Saal  
Es ladet freundlich ein  
der Festwirt: **O. Ellenberger.**

**Merseburg z. Schützen- u. Volksfest**  
**Die deutschen Riefinnen**  
**Else und Elise.**  
Das größte Geschwisterpaar, das je gelebt. :::  
**Merseburger Kinder-Gesellschaft**  
(e. V.)  
Am Freitag, den 1. August 1919, abends 8 1/2 Uhr:  
**Monats-Versammlung**  
Der Vorstand.

Verantwortliche Redaktion: **Paul Hill,** Dessau, und prov. Teil: **Hanns Vog,** Sport: **M. Dohseimer,** Anzeigen: **O. Balz.**  
Druck und Verlag: **Merseburger Druck- und Verlagsanstalt v. Balz,** sämtlich in Merseburg.

Reichs-Einkommensteuer und Selbstverwaltung.

Soll nach dem großen Werte Schornhorst nun auch das größte Wert des Freiern vom Stein, die Gildverordnung geordert werden? Eine Umarbeitung steht in Bezug, des Inhalts, doch auch in der Formunterbreitung der Grundzüge der Denkmäler in aller Schärfe durchgeführt wird. Aber wohlhabige Ortsanwohner hat eine Stimme und leiner mehr, auf das Wenige der Unbemittelten alles in ihre Hände wirtschaften kann und zwar möglichst unmittelbar. Vergegenwärtigt man sich die Folgen solcher Minderkraft, so braucht man nur zu sehen, was sozialfähige Bürgermeister aus den blühenden Gemeinden Frankreichs als ein Status genossen haben. Und dann ist man geneigt, in der beabsichtigten Stelle, die die Reichseinkommensteuer der städtischen Finanzverwaltung einräumt, ein Gegenwärtig zu sehen. Denn diese Reichseinkommensteuer soll einseitig den Bedarf des Reichs, der Gliedstaaten und der Kommunen decken. Bis jetzt befreit die Gemeinde, soweit sie nicht erwerbendes Vermögen besitzt, ihr Einkommen aus den Zuschüssen zur Staatsentlastung. In großer Mehrheit der Gemeinden war das sogar die Hauptquelle. Nach der Verordnung wird den Gemeinden aus dem Reichsfiskus ein bestimmter Anteil zugewiesen. Wie der bemessen werden soll, ist noch ganz ungewiß. Ebenfalls aber wird der Bedarf einer jeden Gemeinde von oben her geprüft, und es muß ihre Ausgaben in allen Einzelheiten der Staatskontrollen unterworfen. Mit der Aufhebung der finanziellen Selbständigkeit fällt nun das wesentliche der Gemeinden die Steuerordnung. Sie sollte die Bürger zur selbständigen Verwaltung aus dem Vermögen ihrer Gemeinde erziehen, während vorher im allen Dingen sie nur ein Verwaltungsgesetz war. Sie hat in der politischen Schulung durch die Mitarbeit am Gemeinwohl Großes geleistet und man kann im Allgemeinen ihrem Erfolg die Anerkennung der Verantwortlichkeit in den Gewerkschaften verdanken. Aber doch ein Unterchied. Die städtische Selbstverwaltung ergo ihre Bemühen, alle Seiten menschlicher Betätigung und Betätigung ihrer Betätigung zu unterwerfen, der Gewerkschaftsbeamte, sicherlich der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften, sieht nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber und wischen ihnen den Klassenkampf, die neue Zeit aber hat schon an die Spitze mancher gewichtigen Gewerkschaftsbeamte gestellt, und wir müssen annehmen, daß die Zahl sozialdemokratischer Bürgermeister sich ständig vermehren wird. In engen Parteiforderungen befangen, sind sie größtenteils Auffassung ihres Amtes unangänglich, und aufkommende Erkenntnis dürfen sie nicht verwerfen, kann der brennenden Kontrolle und Beobachtung durch gemeinsame städtische Gewerkschaften und die von ihnen geleitete Parteiverste. So ist die wirtschaftliche Selbstverwaltung, um die uns bis jetzt verhängliche Franzosen, wie Taine, beneidet haben, jetzt schon der Verwirklichung preisgegeben. Und die Einkünfte, die die Reichseinkommensteuer mit sich bringen würde, fällt gegen diese Lasten kaum noch ins Gewicht.

Wohin wir auch gehen, überall fallen die Spinnweben des 9. November auf unser armes Vaterland wie Wehlan auf grüne Blätter.

Politische Rundschau

Zur Erinnerung an Feldmarschall v. Eichhorn.

Am 30. Juli d. J. jubelte sich zum ersten Male die Blätter von Alet, der Generalfeldmarschall v. Eichhorn und sein Begleiter, zusammen um 7 Uhr 15 Min. zum Opfer. Der Feldmarschall befehligte seit Ende März 1918 den Polken eines Oberbefehlshabers der deutschen Heeresgruppen in der Ukraine. In den wenigen Monaten seiner Tätigkeit hatte er es verstanden, die Zustände in weitestgehendem Maße zu ordnen. Seiner Tätigkeit leitete die Tat eines dreizehnjährigen Jungen, eines Waisenkindes der sozialrevolutionären Partei in Moskau, vorzeitig ein. Als der Weltkrieg ausbrach, war Eichhorn durch Krankheit verhindert, eine Feldreise zu übernehmen. Erst Anfang 1915 erhielt er eine Armee. Von der Winterkämpfe in Mähren an hat er seine Truppen zu einer Reihe von Siegen geführt. Wie Soldat und Führer, ebenso wie als Mensch, hat er sich überall Jünglingsherz erworben, die ebenfalls mit ihm in Verbindung kamen. Mit dem Erfolgen im Osten bleibt sein Name für immer verknüpft.

Der Doppelaänger.

Namen von Carl Schiller.

45) Das war doch empfindlich! Das war doch eine Befeldigung fondergeleitet! Das geht so recht, daß sie sich diesen irdischen Traum aus dem Herzen reißen mußte — und wenn es noch so weh tat! Sie lachte bitter auf. Die Mittelmäßigkeit war nur ein Mittel zum Zweck gewesen. Die beabsichtigte Selbstverleugung war weiter nichts als der wohlbedachte Eintrag für ein größeres und an Ertragskraft reicheres Spiel. Sie hätte sich würgen mögen vor Ekel. Da stand er, ihr Mitter. Da stand Herr Emil Schmepe im Empfangszimmer ihres elterlichen Hauses! Das war wohl die erste Vorbereitung zu einer neuen Auflage seiner bescheidenen Spezialität: dem Heiratsschwanzel! Da stand er, wie er lebte und lebte! Ein Irrtum war nicht möglich. So lachte er, so sprach er, so verbeugte er sich... "Aber ich werde Ihnen die Suppe verpassen. Herr Emil Schmepe!" rief er. "Für mich sind Sie Luft!" Sie überlegte blitzschnell. "Ich bekommen Sie nicht zu leben, mein bester Herr Schmepe! Und da Sie nicht dumm sind, so werden Sie wohl merken, daß Ihr neues Projekt schon in den zaristischen Anhängen mißglückt ist. Sollten Sie das aber nicht merken, mein lieber und unternehmungslustiger Herr Schmepe, so werde ich das tun, was ein vernünftiges Mädel unter solchen Umständen zu tun hat, und meinem Vater die ganze Geschichte erzählen! Wozu hat man denn schließlich einen Vater?" "Auf einmal idealist ich zusammen. Was war denn das — Emil Schmepe stand jetzt der Mittelmäßigkeit von Umbach und dieser Mittelmäßigkeit benachteiligt, als ist ihm Herr Emil Schmepe Freund und Bruder und Gott weis was sonst noch. Er klopte ihm auf die Schulter — er klopfte den Arm unter den seinen — er erzählte offenbar ihrer Mutter etwas über diesen Schmepe. — Nein, dieser Umbach war kein furchtbar

Russische Vertretungen in Berlin. Seit einiger Zeit befindet sich eine Vertretung der Regierung Russisch in Berlin, wo sie in der Straße In den Jellen ihren Sitz hat. Diese unter dem Namen "Russisches Komitee" tätige Organisation nichtbischöflicher russischer Staatsangehöriger ist nicht als diplomatische Vertretung im eigentlichen Sinne zu betrachten. Sie wird jedoch vom Ministerium des Innern bei der Ausstellung von Ausweisen am Russen als Ausnahmestelle berücksichtigt. Die gleichfalls in Berlin ansässige weißruthenische Gesandtschaft, entbehrt gleichfalls jeder amtlichen Eigenschaft.

Die Wahrheit über das Schreiben Englands.

Der Pariser Korrespondent des "Anfänger", "Telegraph" meldet, in der Lage zu sein, die gestrigen Mitteilungen Russos ergänzen zu können. Er führt folgendes aus: Nach Empfang der päpstlichen Note vom 14. April 1917 wurde diese sowohl in Paris wie in London genau studiert. Die französische Regierung war der Ansicht, daß keine Antwort gegeben werden sollte. Man wolle nur den Empfang bestätigen. Der englische Minister Balfour gab dem britischen Gesandten in Paris, Grafen Sallis, folgende ausgedehnte Instruktionen, worin er ersucht wurde, dem Kardinal Balfour mitzuteilen, daß kein Schritt getan werden könne, solange Deutschland nicht seine Absichten besonders in Bezug auf Belgien genau bekanntgegeben habe. Nach Balfours Meinung konnte diese ausweichende Auskunft einer absehenden gleich. Der Kardinal Gaspari gab sich vollkommen darüber Rechenschaft, daß auf diese Weise die päpstliche Note keinen genügenden Erfolg haben könne, weshalb er den englischen Gesandten bat, ihm diese Instruktionen Balfours zu überlassen, damit er ihren Text genau studieren könne. Sallis nahm von Tisch des Kardinals eine Skizze mit, die mit dem Dokument den amtlichen Kopfab, um ihn seinen diplomatischen Wert zu nehmen. Der Kardinal beehrte sich dann, den päpstlichen Nuntius in München, entsprechend zu informieren. Nun kann man sich denken, was folgte. Die Deutschen interpretierten die Balfourschen Instruktionen an den englischen Gesandten in Rom in ihrem Sinne und machten aus diesen spirituellen Anweisungen eine offizielle Note.

"Neuere Vorterränke Courant" schreibt am Schluß eines Artikels, der sich auf die jüngsten Enthüllungen in Weimar bezieht: Die Deutschen haben zuerst den Glauben an sich selbst und dann den Krieg verloren. Darauf stützen sie eine gewaltige moralische Niederlage. Sie beweisen sich durch Bomben und Schandgründen und jetzt beweisen sie sich gegenseitig mit Dred. Man kann ihnen darüber keinen Vorwurf machen. So viele Jahre der Anspannung und Heberzeugung und so viele Jahre der Unterwerfung müssen auf die moralische Widerstandskraft tödlich wirken.

Eine politische Mißbilligung.

Von ukrainischer Seite wird mitgeteilt: Nach einer protokollierten Aussprache vom 19. Juli des durch schwere Beschwerden entstellten ukrainischen Soldaten von Hladky aus Wjtschicha Bezirk Jowkwa in Oghrensk, wurde er mit neun anderen ukrainischen Soldaten in Litow bei Lomopol von den Polen festgenommen, nachvollständiger Verabreichung durch polnische Soldaten mit Benzin begoffen, sodann mit einem Feuerzeug angezündet und mit den Worten: "Vorwärts Schweine, in die Ukraine!" von Flammen umhüllt, auf dem Felde gelassen. Zwei von den Unglücklichen sind durch die Flammen und Regen gekommen, aber anderen acht ist es gelungen, mit schweren Brandwunden ihr Leben zu retten.

America wird den Friedensvertrag aufheben.

"Newport Tribune" schreibt, es sei jetzt wie gar kein Widerspruch gegen die Friedensbedingungen in Deutschland vorhanden. Die Gegenstände gegen den Schenkungsplan. Was auch mit dem Friedensvertrage geschehen würde, der Friedensvertrag mit Deutschland werde dadurch kaum in Mitleidenschaft gezogen werden.

Witz und Saargebiet.

In dem unter Bitterburdenverwaltung gestellten Saargebiet kommen aus dem Witz die Begriffsörter Zwickbräden, Somburg und St. Anghert mit insgesamt 77 616 Einwohnern; außerdem gehören dazu der Kreis Saarburg mit 269 967, Kreis Ottweiler mit 130 679, Kreis St. Wendel mit 68 921, Kreis Saarlouis mit 112 620 und Kreis Merzig mit 54 895 Einwohnern. Der Konflikt nach überwiegt die katholische Bevölkerung mit 505 454 (71,76 v. H.), während 198 961 Protestanten vorhanden sind. — Nach zumeistigen Mitteilungen werden in der Witz, die dem Obersaargebiet des Generals Mangin unterstellt wird, zwei Divisionen der 10. Wehrungsarmee gebildet. Der eine erhält als Sitz Landau; wohin der andere kommt, ist noch nicht bestimmt.

Gegen die Autonomie für Oberschlesien.

Auf einer Konferenz der oberbeschießlichen Wehrheitssozialdemokratie, die in Sionberg stattfand, wurde über die beabsichtigte Vertiefung einer Autonomie für Oberschlesien verhandelt. Nach Reichskommissar Hörding wohnt der Konferenz bei. In einer Entschließung sprach sich die Versammlung gegen die Vertiefung der Autonomie aus.

Abzug des Korps Lettow-Vorbeck aus Hamburg.

Der Abzug der Truppen des Korps Lettow-Vorbeck aus Hamburg hat sich ohne Zwischenfall planmäßig vollzogen. Die Truppen befinden sich zurzeit auf dem Landgebiet, um jeder Zeit im Falle der Not in Hamburg eingreifen zu können. Zugleich sollen die Truppen in der Umgegend Hamburgs zur Unterbrechung des Schienenverkehrs benutzt werden. Inzwischen sind die Truppen in der Stadt wieder beieinander. Die Abzugstruppen beim Rückzug nach dem Saargebiet bleiben noch einige Zeit bestehen. Auch der Belagerungsstand über Hamburg ist noch nicht wieder aufgehoben worden.

Aus Stadt und Umgebung

Sitzung der Stadterordnetenversammlung.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadterordneten war am Mittwoch, den 30. Juli abgehalten worden. Zweck dieser Sitzung war die Besprechung der Angelegenheiten der Stadt. Daniel im Namen seiner Fraktion (L. S. P.), er bedauerte, daß seitens des Magistrats nur Juristen zur eigenen Wahl gestellt seien. Da seine Partei die Befehlshaber der Stadt mit einem Juristen für unwürdig hielt, lehnte sie die Verantwortung für die Wahl ab und werde daher keine Stimm abgeben. Stadt (S. P.) lehnte sich gegen die Ansicht, Dr. Rademacher weist kurz darauf hin, daß der Witz des Witzungsgames nach den gesetzlichen Vorschriften ein Jurist sein müsse. Außerdem beanstandet er, daß eine von ihm in der gemeinsamen Besprechung gemachte Bemerkung in der öffentlichen Sitzung erwähnt worden ist. In diesem Falle ist es belanglos gewesen, daß diese als unzulässig nicht gesehen. Stadt (S. P.) erwidert ihm zu. Jedoch habe die heutige Besprechung nicht den offiziellen Charakter einer öffentlichen Sitzung gehabt. Sodann wird der Wahl geschritten. Bei 33 Stimmberechtigten lautet 6 Stimmgabe auf Haupt, 12 auf Witzel, 15 sind unentschieden. Somit ist Magistratsmitglied Witzel aus Hamburg auf 12 Stimm gewählt. Nach Vertiefung des Protokolls wird die Sitzung geschlossen.

Aufruf und Einziehung von Reichsbanknoten zu 50 Mark.

Die Reichsbank ruft einmündig durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50-Mark-Noten mit den Datum 10. 9. 1918 auf. Die Briefe werden aufgehoben, die Noten bis zum 10. September 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 10. September verliert die aufgenommene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Es empfiehlt sich deshalb, frühzeitig alle 50-Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbank, öffentlichen Stelle, Bank Sparkasse oder einem Geschäftsinhaber in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Am jedem Ortum vor-

guter Mensch, aber doch ein bisschen dumm! Da hatte er, der Mann, der Offizier, sich nun von diesem Spitzbuben heimischen lassen! Was machte der ihm wohl alles vorgeführt haben! Wo er ihn wohl kennen gelernt hatte? Und Ruth hatte und hatte und hämmerte ihre arme, kleine Seele zusammen zu härtesten Stahl. Unerbittlich wollte sie sein! Brutal! Da kam Bruder Otto "Die alte Dame sagt, du sollst mal reinkommen", beriefte er. "Umloch ist da. Du der bist du übrigens auch verheiratet. Und er hat einen Freund mitgebracht. Interessanter Mensch. War früher deutscher Offizier, hat aber seinen Abschied genommen, weil er eine große Erbschaft gemacht hat und nun viel Mannan verwalten muß. Winnen in Brasilien —" "Was?" "Na Bergwerke in Brasilien — weist du nicht, was eine Mine ist, Schatz? Kolossal Bergwerke. Ist aber wirklich auch ein sehr netter Mensch. Umloch hat eben erzählt, oder er selber hat erzählt, daß er erst vor kurzem aus Brasilien zurückgekommen ist." "Aha!" lachte Ruth. "Wie meinst du?" "Ach nichts." "Na dann unterricht nicht doch nicht immer. Das ist ja ekelhaft. Er ist also eben erst aus Brasilien zurückgekommen und ist ein sehr netter Mensch, und man kann gefälligst mal reinkommen!" "Wie heißt der Herr?" fragte Ruth. "Armbrüster." "Wie?" "Armbrüster. Vornamen habe ich nicht verstanden. Jedenfalls ist er Jochherr. Freiber von Armbrüster. Frag' doch mich, ich grüßlich viel. Jetzt komm' rein!" "Das ist mir ganz unmöglich!", erklärte Ruth hoheitsvoll. "Ich habe roteunde Kopfschmerzen und bin gänzlich aufgeschreckt, mich mit fremden Menschen zu unterhalten. Bitte, sei doch so

freundlich, lieber Otto, und entschuldige mich bei der Mama. Es ist mir wirklich ganz unmöglich!" "Neh, wie dir der Schnabel gewachsen ist!" schrie der Bruder. "Mit mir kannst du so etwas nicht machen, verdächtige Schenke! Sollte man wirklich Kopfschmerzen?" "Sonst würd' ich's nicht sagen, dummer Junge!" "Na also — das kann man wenigstens versuchen. Ich werde also melden, daß du Kopfschmerzen hast. Persönlich glaube ich allerdings — es sind die Erdbeeren! Na ich geh' wieder rein." "Da Otto!" "Ja?" "Und dann bist Herr von Umloch, er möchte doch mal zu mir herauskommen." "Für den hast du keine Kopfschmerzen?" "Nein!" brüllte Ruth und stampfte mit dem Fuß auf. "Worauf Bruder Otto schickte, denn er kannte seine Schwester." Ruth aber stand sehr nahe vor einem Träneneuge. "Solch eine Frechheit!" Und wenn er ihr auch zehnmal einen, großen einen sehr großen Dienst erwiesen hätte, dann dürfte er sich doch nicht in das Haus ihres Vaters einschleichen; nein, das dürfte er nicht! Und wenn ihm etwas an ihr lag, dann mußte er arbeiten mit Fleißhaftigkeit und eimer Bedachtigkeit arbeiten, bis er die Besorgnis gelindert, bis er sich ein neues Leben erzwungen hatte und es dann wagen durfte, sie heimzuführen, und wenn sie auch beide darüber weisse Haare bekommen sollten und wenn es zwanzig Jahre dauerte — Ruth fand diesen Gedanken so schön, daß sie beinahe geheult hätte vor Rührung! — aber das dürfte er nicht! Da kam Umloch. "Grüß Gott, lieber Fräulein Ruth", begrüßte er sie. "Kommen Sie denn nicht zu uns?" "Nein — ich habe Kopfschmerzen." (Fortsetzung folgt.)



